

Umweltprobleme und ihre Verflechtungen mit den krisenhaften Prozessen des Kapitalismus

Klaus Steinitz/Manfred Ullrich

(Mitglieder der AG Wirtschaftspolitik, Memorandumgruppe)

Am Beginn des 21. Jahrhunderts werden die Herausforderungen an eine zukunftsfähige Entwicklung durch entscheidend von zwei Phänomen bestimmt. Zum einen spitzen sich alle relevanten gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte der kapitalistischen Gesellschaft zu. Zum anderen fallen gegenwärtig krisenhafte, zukunftsgefährdende Tendenzen auf entscheidenden Gebieten zeitlich zusammen und verschärfen auch durch ihre engen wechselseitigen Verflechtungen ihre negativen Wirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Bestimmend sind vor allem die Gleichzeitigkeit und die wechselseitige Abhängigkeiten von:

- Weltweiter Finanz- und Wirtschaftskrise;
- Globaler Umwelt- und insbesondere Klimakrise;
- Verschärfter sozialer Polarisierung und Verteilungskonflikten, die zu einer Zunahme sozialer Ungerechtigkeit – national und weltweit (Nord-Süd-Polarisierung) – führen;
- Kriegerischen Auseinandersetzungen und zunehmenden Gefahren neuer militärischer Zusammenstöße insbesondere zur Sicherung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen.

Diese Tendenzen werden begleitet von einer Demokratiekrise und einer Verflachung des kulturellen Lebens.

Für realistische Konzepte zur Lösung Klima- und Umweltprobleme ist es unerlässlich die *inhaltlichen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen diesen und anderen Krisenprozesse stärker zu beachten*. Das gilt für die Analyse dieser Beziehungen ebenso wie für die Ausarbeitung von Konzepten für eine zukunftsorientierte linke, alternative Politik. Die betrifft insbesondere die Beziehungen zwischen den Wirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der zunehmenden sozialen Polarisierung und Ungerechtigkeit auf der einen und der Verschärfung der Umwelt- und Klimakrise auf der anderen Seite sowie zwischen einer ungerechteren Verteilung der natürlichen Ressourcen und der Vergrößerung der Gefahren kriegerischer Auseinandersetzungen. Dies gilt ebenso für die engen Verflechtungen zwischen der Art und Weise der Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf die soziale (Un)Gerechtigkeit auf der einen und den Bedingungen für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung auf der anderen Seite. Einige hiermit verbundene Fragen sollen im Folgenden etwas näher betrachtet werden

Umweltkrise und Klimawandel

In den letzten Jahrzehnten haben sich die ungelösten Probleme und Bedrohungen durch die Umweltkrise, insbesondere den Klimawandel, weiter verschärft. Die Überforderung des Lebensraumes Erde ist in jedem der letzten Jahrzehnte weiter angestiegen.

Im Zusammenhang mit der tiefen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Ausmaß, Dauer und Folgen heute niemand definitiv bestimmen kann, vergrößert sich die Kluft zwischen der notwendigen Veränderung der Politik und des Handelns der Menschen zur Bewältigung der ökologischen Herausforderungen und den tatsächlichen, von der Politik festgelegten Maßnahmen und Schritten auf der anderen Seite in einem unzulässigen, nicht zu verantwortenden Maße. Dies gilt national, noch stärker EU-weit und am stärksten global.

2008 wurde die bisher umfassendste Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie zur Umweltproblematik: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte“ vorgelegt. Sie setzt die Studie von 1996 „Zukunftsfähiges Deutschland – ein Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung“ fort, resümiert die in der Zwischenzeit erzielten Ergebnisse, zeigt überzeugend die Größe der in den nächsten Jahren zu bewältigenden Herausforderungen und begründet zu lösende Aufgaben auf den hierfür wichtigen Gebieten.

Auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verpflichteten sich die 178 teilnehmenden Staaten mit der AGENDA 21 „für eine umweltverträgliche, sozial gerechte und ökonomisch tragfähige Entwicklung im 21. Jahrhundert. Es bestand Konsens, dass Umwelt und Entwicklung zusammen gedacht werden müssen und gemeinsame Lösungen brauchen. Es bestand Konsens, dass die Produktions- und Konsummuster der Industrieländer sich ändern müssen“ (Zukunftsfähiges Deutschland ..., S.15) Das wichtigste konkrete Ergebnis der zahlreichen UN-Konferenzen, die seit der Konferenz von Rio 1992 stattfanden, ist das Kyoto-Protokoll mit konkreten Verpflichtungen zu Senkung des CO₂-Ausstoßes, an dem der größten Verursacher von Umweltverschmutzung, die USA, bisher nicht teilnimmt. Ab 2012 ist eine Nachfolgevereinbarung erforderlich.

Die Industriestaaten wollen sich offensichtlich weder auf die notwendige einschneidende Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen festlegen, noch eine angemessene Verantwortung für die Folgen des Klimawandels übernehmen, den hauptsächlich sie verursacht haben. Die Ergebnisse der 14. UN-Weltklimakonferenz im Dezember 2008 in Poznan sind unbefriedigend. Es wurde versäumt, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit 2009, auf der Konferenz in Kopenhagen, das Anschlussdokument für das Kyoto-Abkommen für die Zeit nach 2012 angenommen werden kann. Vor allem durch die Weigerung der EU-Länder, darunter auch der deutschen Kanzlerin, die erforderlichen konkreten Verpflichtungen für das eigene Land und insbesondere zur Unterstützung der Entwicklungsländer zu

übernehmen, gab es auf die drängenden Probleme des weltweiten Klimawandels keine adäquaten politischen Antworten. Bei der Festlegung von Emissionsobergrenzen blockierten die Industrieländer eine gerechte Einigung mit den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Der auf dem EU-Gipfel im Dezember 08 in Brüssel im Spannungsfeld zwischen Maßnahmen zur Eindämmung der Finanzkrise und zur Förderung der Konjunktur einerseits und den Erfordernissen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes andererseits erzielte Kompromiss bedeutet eine Niederlage für eine nachhaltige Klimapolitik. Durch Ausnahmegenehmigungen für Emissionen energieintensiver Branchen in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern, die Förderung der Produktion und des Absatzes von Autos sowie die unzureichende Unterstützung der osteuropäischen Länder bei der Umstellung veralteter Kohlekraftwerke wird die Wirksamkeit des Klimapakets zur Erreichung der Ziele, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20% gegenüber 1990 zu reduzieren, untergraben.

Übereinstimmend wird in Studien und Berichten zum Klimawandel davon ausgegangen, dass der CO₂-Ausstoß weltweit bis Mitte dieses Jahrhunderts absolut um 50 bis 60%, mindestens auf die Hälfte, reduziert werden muss. Diese globale Zielsetzung muss für die verschiedenen Ländergruppen differenziert werden. Zur schrittweisen Überwindung der globalen Ungerechtigkeit in der Nutzung der Energie- und anderer natürlicher Ressourcen sowie der weit überproportionalen Umweltbelastung, die von den Industrieländern im Vergleich zu den anderen Ländern ausgeht, muss die absolute Senkung des CO₂-Ausstoßes der Industrieländer und die Reduzierung ihres Verbrauchs fossiler Brennstoffe bis 2050 mindestens 80 % betragen, d.h. auf ein Fünftel des gegenwärtigen Stands gesenkt werden. Die Ungleichheiten in der Nutzung des Umweltraums zeigt die folgende Tabelle.

Tabelle 1: Globale Verteilung von Bevölkerung, Wirtschaftsleistung, Primärenergieverbrauch und CO₂ Emissionen (2005, Anteile an Welt in Prozent)

	G 7 Länder	darunter USA	BRIC Länder (Brasili- en, Russland, China, Indien)	darunter China
Bevölkerung	11	4,6	42	20,3
Bruttosozialprodukt in US-Dollar	60	27,8	10	5,0
Bruttosozialprodukt in Kaufkraftparität	42	20,2	26	14,4
Primärenergieverbrauch in Öläquivalent	38	21,3	30	15,6
CO ₂ Emissionen von fos- silen Brennstoffen	36	21,4	27	18,7

Quelle: Bevölkerung und Bruttosozialprodukt berechnet nach Zukunftsfähiges Deutschland..., a.a.O. Tabelle 5.1, S. 125; Primärenergieverbrauch und CO₂ Emissionen nach Daten der IEA

Seit 2005 haben sich durch das rasche Wirtschaftswachstum die Anteile der BRIC-Länder an allen in der Tabelle enthaltenen Indikatoren erhöht. In China stieg die CO₂ Emission von 1980 bis 2005 um 124%, in Indien um 95%, bei einer Gesamterhöhung in der Welt um 31%. Von 1980 bis 2005 nahm der Anteil Chinas an den weltweiten CO₂ Emissionen von 7,7% auf 18,7% und Indiens von 1,6% auf 4,2% zu. China war schon 2005 mit 5 Mill. t nach den USA mit 5,8 Mill. t der zweitgrößte CO₂-Emittent. Bei der CO₂ Emission je Einwohner ergibt sich natürlich ein völlig anderes Bild: 20 t USA und 3,9 t China. China liegt damit unter dem weltweiten Pro-Kopf-Ausstoß, während die USA diesen fast um das 5fache übertrifft.

Entgegen der notwendigen Reduzierung des globalen CO₂-Ausstoßes ist dieser auch seit der Weltkonferenz in Rio weiter stark angestiegen, von etwa 23 Mrd. Tonnen 1995 auf 27 Mrd. Tonnen 2005. Nach den Angaben der Internationalen Energieagentur würde bei Umsetzung aller geplanten Maßnahmen zur Energieeinsparung bei fortgeschriebener Entwicklung bis zum Jahre 2030 der energiebedingte Treibhausgasausstoß gegenüber 2005 noch mal um über 25% auf rund 35 Mrd. Tonnen steigen. (Zukunftsfähiges Deutschland..., S. 128)

In Deutschland sind der absolute Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß seit 1990 gesunken. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre war dies vor allem Resultat der Deindustrialisierung Ostdeutschlands. In der nachfolgenden Übersicht werden wichtige Indikatoren der umweltpolitischen Entwicklung, Ziele und reale Ergebnisse, dargestellt.

Tabelle 2: Umweltpolitische Ziele eines zukunftsfähigen Deutschland (aus dem Jahr 1995) und die reale Entwicklung bis 2005

Umweltindikator	Umweltziel bis 2010	Umweltziel bis 2050	Veränderung 1995-2005
Primärenergieverbrauch in PJ	mind. -30%	mind. -50%	+1,4%
Fossile Brennstoffe in PJ	-25%	-80% bis -90%	-3,7%
Energieproduktivität (1995=100)	+3% bis +5%/Jahr		rund +1,6%/Jahr
Globaler Materialaufwand in Mio. t	-25%	-80% bis -90%	+5.1%
Materialproduktivität (1995=100)	+4% bis +6%/Jahr		Rund 0,8%/Jahr
CO ₂ in Mio. t	-35%	-80% bis -90%	-5,2%

Quelle: Zukunftsfähiges Deutschland ..., a.a.O. S. 130 f.

Hieran wird deutlich, dass ungeachtet einiger Erfolge auch in Deutschland Tempo und Ausmaß einer nachhaltigen Reduzierung des Energie- und Materialverbrauchs sowie der Senkung der Emissionen an CO₂ und anderen umweltschädlichen Treibhausgasen beträchtlich hinter den beschlossenen Zielstellungen für 2020 und 2050 zurückbleiben.

Gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise und sich verschärfende Klima- und Umweltprobleme

Eine Analyse der Ursachen, der Erscheinungsweisen, der Auswirkungen sowie der Art und Weise der Bekämpfung einerseits der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und andererseits der sich verschärfenden Klima- und Umweltkrise macht deutlich, dass es zwischen ihnen, obgleich sie zwei völlig unterschiedliche Bereiche betreffen, viele Ähnlichkeiten gibt. Deren Kenntnis kann dazu beitragen, den von ihnen ausgehenden Gefahren und Herausforderungen durch eine alternative, zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik besser gerecht zu werden.

Die Ähnlichkeiten zwischen ihnen beziehen sich insbesondere auf folgende Aspekte:

1. Beiden liegt der dem Kapitalismus *immanente Drang nach höchstmöglichen Profiten* zugrunde. Dem Streben nach Höchstprofiten sind keinerlei Schranken, weder natürliche noch menschliche, eigen. Im deregulierten, flexiblen Finanzmarktkapitalismus führte dies zu den bekannten Erscheinungen der gegenwärtigen, bisherige Maßstäbe der Nachkriegsperiode sprengenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Für die natürliche Umwelt und das Klima bedeutet das schrankenlose Profitstreben: eine Verschmutzung der Umwelt, eine Ausplünderung der Naturschätze und eine Zerstörung der Lebensräume der Menschen sowie von Tieren und Pflanzen, die weit über die zulässigen Grenzen einer nachhaltigen Entwicklung hinausgehen. Sowohl für die gegenwärtige Finanzkrise als auch für die Umweltkrise trifft zu, dass die Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft und der Finanzsysteme, und die fehlende oder völlig unzureichende gesellschaftliche Regulierung und demokratische Kontrolle wesentlich zur Verschärfung der Probleme beiträgt.
2. Die Tiefe und der umfassende Charakter der Finanz- und Wirtschaftskrise hängt ebenso wie die sich verschärfenden Klima- und Umweltproblemen *sehr eng mit den Prozessen der neoliberalen, von den Kapitalinteressen dominierten Globalisierung* zusammen. Zwei Tendenzen spielen für die Verschärfung der Umwelt- und Klimakrise eine besonders verhängnisvolle Rolle: Einmal die *Liberalisierung des internationalen Handels*, die den kapitalistischen Industriestaaten faktisch den Zugriff auf alle Naturreichtümer der Welt ermöglicht und eine umweltschädliche, destruktive und ihren Verwertungsinteressen untergeordnete Umgestaltung von Strukturen in den Ländern des Südens vorantreibt (Abholzen der Regenwälder, Zerstörung agrarischer Produktionen zur Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die Umstrukturierung der agrarischen Nutzflächen für die Erzeugung von Treibstoffen u.a.). Zum anderen die *Standortkonkurrenz*, die als Druckmittel genutzt wird, um eine konsequente ökologische Einflussnahme auf die nationale Produktion zu verhindern. Beispiele hierfür sind steuerliche Begünstigungen für den Kauf von Neuwagen und die zeitliche Verschiebung der schärferen EU-Regelung zur Senkung der CO₂-Emissionen von Neuwagen auf im Durchschnitt höchstens 120 Gramm.

3. Für beide Krisenarten ist typisch, dass die Verursacher vor allem die reichen Industrieländer bzw. die Reichen in diesen Ländern sind, während die *Entwicklungs- und Schwellenländer und die ärmeren Bevölkerungsschichten in den Industrieländern die negativen Folgen dieser Krisen am meisten zu spüren bekommen*. Die Auswirkungen der Klimaveränderung sind regional unterschiedlich. Hauptbetroffene werden zunächst die Regionen des Südens sein. Überschwemmungen und Dürrekatastrophen werden zunehmen und Gesundheitsrisiken ansteigen. „Klimaflüchtlinge“ werden in die vermeintlich (noch) nicht von Klimakatastrophen betroffenen Regionen strömen. Aber auch diese Regionen werden nicht verschont bleiben. Mit einer ungewissen zeitlichen Verzögerung werden auch die gemäßigten Klimazonen des Planeten von den Folgen der Klimaveränderung erfasst. Vor allem in vielen der ärmeren Ländern werden die für das tägliche Leben entscheidenden Ressourcen fruchtbares Land und Wasser knapper werden. Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen um die Verteilung von Ressourcen wird größer. Rüstung und Kriege sind immer besonders stark gegen die Umwelt gerichtet, sie nehmen in hohem Grade strategisch wichtige und knappe Rohstoffe in Anspruch und führen zu großen Umweltzerstörungen. Die Entwicklungs- und Lebenschancen der Menschen werden vor allem in Entwicklungsländern durch Kriege weiter untergraben und gefährdet.

Die gewaltige Fehlverwendung des produzierten gesellschaftlichen Reichtums wird an folgenden Daten deutlich. Die weltweiten Militärausgaben sind bis 2007 auf 1.214 Mrd. Dollar, darunter der NATO-Staaten auf 823 Mrd. Dollar gestiegen, die Mittel für Entwicklungshilfe stagnieren und erreichen nicht einmal ein Zehntel Rüstungsausgaben. Dazu kommt noch, dass von diesen Mitteln ein verschwindend kleiner Teil für umwelt- und klimapolitische Aufgaben eingesetzt wird.

4. Aus den schon angeführten Ähnlichkeiten der Krisen in diesen beiden Bereichen ergibt sich, dass auch ihre Bekämpfung zumindest in einer Richtung ähnliche Wege gehen muss: *eine Begrenzung der ökonomischen und politischen Macht des Finanzkapitals und der Konzerne, eine radikale Einschränkung der Spekulationsmöglichkeiten, eine wirksamere gesellschaftliche Regulierung einschließlich verbindlicher Auflagen für den Umwelt- und Klimaschutz einer wirksamen Industriepolitik sowie eine Erweiterung demokratischen gesellschaftlichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten*. Dazu sind Veränderungen in den Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnissen auf nationaler und internationaler Ebene ebenso wie eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung mit einer stärkeren Rolle der UN gegenüber den internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie IWF, Weltbank und WTO, in denen die Rechte der Entwicklungs- und Schwellenländer entschieden erhöht werden müssen, nötig.

Für ein Konzept zukunftsorientierter sozial-ökologischer Umgestaltung ist es jedoch ebenso wichtig, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Klimawandel und die Klimapolitik und die Spezifik der Faktoren, die den Krisenprozessen in diesen beiden Bereichen zugrunde liegen sowie deren Folgen zu analysieren.

Zunächst bedeutet die Wirtschaftskrise, dass die Wirtschaftsleistung insgesamt geringer wird. Damit sinkt der hiervon abhängige Verbrauch von Energie- und anderen natürlichen Ressourcen sowie die CO₂-Emission. Diese Reduktion ist aber nicht nachhaltig. Zudem wird sie von anderen, teilweise stärkeren negativen Folgen der Krise für das Klima überlagert: Die Finanzmarktkrise mit ihren tiefen Erschütterungen rückt ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und der Politik und droht andere wichtige Themen, darunter die Klimaproblematik, zu verdrängen. Damit sinken der öffentliche Druck für eine nachhaltige Klimapolitik und die Chancen, die notwendigen Veränderungen durchzusetzen. Darüber hinaus werden zur Eindämmung der Krise öffentlichen Mittel in einer Größenordnung eingesetzt, die die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Ressourcen für eine wirksame Klimapolitik im eigenen Land, in osteuropäischen EU-Ländern und in Entwicklungsländern gefährden. Schließlich werden von der Regierungskoalition klimaschädliche Maßnahmen mit der Begründung beschlossen, sie seien zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise erforderlich. Hierzu gehören u.a. die Förderung der Produktion und des Absatzes von Autos, darunter auch umweltschädlicher Autotypen, und Ausnahmegenehmigungen bzw. kostenlose Vergabe von Zertifikaten für die CO₂-Emission energieintensiver Branchen.

Zwischen beiden Krisenarten bestehen zugleich *grundlegende Unterschiede*. Bei der Klima- und Umweltkrise geht es weder um die Folgen des Platzens von Blasen noch um einen konjunkturellen Einbruch, d.h. um Erscheinungen, die nach Wertvernichtungen und anderen „Bereinigungen“ wieder für eine Zeitlang verschwinden. Hier handelt es sich um langfristige und zum großen Teil irreversible Prozesse der Beschädigung bzw. Zerstörung der natürlichen Umwelt. Die gegenwärtige globale Finanzkrise ist Resultat vor allem des deregulierten Finanzmarktkapitalismus, der Anhäufung von eine profitable Anlage suchenden großen Geldvermögen, die die Renditeerwartungen ständig weiter in die Höhe geschraubt und zur Eskalation deregulierter Finanzspekulationen geführt haben. Sie wurde durch die zunehmende Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, die schrittweise Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie die weitgehende Entkopplung des Finanzsystems vom realen Verwertungsprozess des Kapitals begünstigt. Im Unterschied hierzu wird die Umwelt- und Klimakrise vor allem durch das Ausmaß und die gegenwärtige Art und Weise der Wirtschaftstätigkeit und der Konsumtion hervorgerufen. Sie wird durch das weltweit unkontrollierte Wachstum der materiellen Produktion und die bisher daran weitgehend gekoppelte zunehmende Beanspruchung natürlicher Ressourcen und größere Belastung der Natur durch schädliche Emissionen und Abfälle ständig weiter verschärft.

Die deregulierten Finanzmärkte tragen entscheidend zur Verschärfung der Umweltkrise bei. Vor allem folgende Eigenschaften der Finanzmärkte stehen in einem tiefen Spannungsverhältnis zu den Erfordernissen einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung (Klein, 2009, Krisenkapitalismus..., S. 181 ff.):

- die Kurzfristigkeit ihrer Maßstäbe steht im Gegensatz zu den langfristigen Maßstäben und Erfordernissen der Gestaltung von Umweltprozessen,
- die geringe Komplexität ihres Wirkungsmechanismus und die Eindimensionalität ihrer Entscheidungsmaßstäbe steht im Gegensatz zum hoch komplexen Wirkungsmechanismus der Umweltprobleme und zu den einer nachhaltigen Regulierung zugrundezulegenden komplexen Beurteilungs- und Entscheidungskriterien,
- das extreme Tempo finanzieller Prozesse steht im Gegensatz zur Langfristigkeit von Naturprozessen und ihrer Veränderung.

Die Entwicklungsländer werden von den negativen Folgen des Klimawandels besonders hart getroffen: die Lebensgrundlagen von Hunderten Millionen Menschen in den ärmeren Ländern verschlechtern sich und werden langfristig zerstört: mehr Extremwetterereignissen, Überschwemmungen, Versteppungen und Verwüstungen landwirtschaftlich genutzter Flächen, zunehmender Wassermangel, insbesondere an Trinkwasser.

Ein schwerwiegendes Problem, das von der Politik unzureichend zur Kenntnis genommen wird, besteht in dem *immer engeren Zeitfenster*, das für grundlegende Änderungen der Produktions- und Konsumtionsweise noch existiert, um einen ökologisch zukunftsfähigen Pfad der ökonomischen und sozialen Entwicklung zu beschreiten. Das Zeitfenster für Regelungen zur Sicherung eines zukunftsfähigen Lebens der Menschen dieser Erde ist infolge der ausbleibenden Umsteuerung immer kleiner geworden. In den nächsten beiden Jahrzehnten entscheidet sich ob es gelingen wird, eine Klimakatastrophe abzuwenden.

Es gibt auch wesentliche Unterschiede in den Dimensionen der für eine Bekämpfung der Krisen erforderlichen globalen Umverteilung von Ressourcen. Um die Folgen der Finanzkrise für die Entwicklungsländer zu lindern, sind zweifellos auch beträchtliche finanzielle Mittel aus den reichen Industrieländern in einem weit höheren Maße als bisher bereitzustellen, um Schulden der ärmeren Länder zu streichen und eine Zahlungsunfähigkeit von Staaten zu verhindern, ohne die berüchtigten Strukturanpassungsprogramme des IWF mit ihren katastrophalen sozialen Folgen anzuwenden. Hierzu hat der Präsident Boliviens Evo Morales einen interessanten Vorschlag gemacht: „Es ist an der Zeit die finanziellen Schulden des Südens gegen die ökologischen Schulden des Nordens aufzurechnen.“

Die Zukunftsfähigkeit der Welt zu erhalten und eine Klimakatastrophe mit verheerenden Folgen für die Weltbevölkerung zu verhindern, stellt jedoch *Anforderungen an eine Umverteilung der Naturressourcen, die alle bisherigen Dimensionen bei weitem übertreffen*. Ohne eine globale Umverteilung klimabelastender Emissionsrechte und der Nutzungsmöglichkeiten begrenzter Naturressourcen zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern wird die von Wissenschaftlern als notwendig erachtete Stabilisierung der CO₂-Emission in der Erdatmosphäre bis zum Ende des Jahrhunderts bei 450 Teilen pro Million (ppm) (IPCC Prognose) kaum erreicht werden können.

Überlegungen für eine Strategie zur Eindämmung des Klimawandels

Eine wirksame Strategie zur Eindämmung des Klimawandels setzt voraus, die hierfür relevanten veränderten Bedingung und größeren Herausforderungen im 21. Jahrhundert zu berücksichtigen. Hierzu gehören vor allem:

- Die gegenwärtige Krise verweist mit Nachdruck darauf, dass die *Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit des Planeten erreicht und teilweise überschritten sind*. Wenn das Weltklima bei etwa 2 Grad Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur stabilisiert werden soll (so die von der Klimaforschung abgeleitete Zielstellung), dann darf die Pro-Kopf-Emission an CO₂ weltweit nur ca. 3 Tonnen betragen gegenüber dem gegenwärtigen Wert von fast 5 Tonnen. Um dieses Ziel zu erreichen sind Investitionen notwendig, die die bisherigen Vorstellungen weit übertreffen. Selbst nach Einschätzung der EU Kommission vom Januar 2009 müssen die bisherigen Investitionen für den Klimaschutz bis 2020 so erhöht werden, dass ab 2020 weltweit jährlich 175 Mrd. Euro mehr als bisher hierfür eingesetzt werden. (Hönighaus/Böcking,2009)
- *Gefahren für das Weltklima ergeben sich vor allem aus der Fortsetzung des globalen Wachstums auf der Grundlage des westlichen industriellen Produktions- und Konsummodells*. Die Dramatik der Umwelt- und Klimaprobleme erfordert grundlegende Veränderungen in den Produktions- und Konsumtionsstrukturen sowie weit höhere Anstrengung um die Energie- und Materialökonomie zu steigern. Eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energie- und Rohstoffverbrauch reicht nicht aus. Die Steigerungsraten der Energie- und Rohstoff- und Materialeffizienz müssten etwa doppelt so hoch sein wie die wirtschaftlichen Wachstumsraten.
- *Die Globalisierung der Umweltprobleme hat eine neue Qualität angenommen*: „Um die epochale Herausforderung des Klimawandels und der Ressourcenkrisen bestehen zu können, müssen Nord und Süd an einem Strang ziehen, denn es kann nur eine gemeinsame Zukunft geben.“ (Zukunftsfähiges Deutschland ..., S. 477) Von der oben angeführten Erhöhung der weltweiten Investitionen um 175 Mrd. Euro jährlich müsste mehr als die Hälfte in den Entwicklungs- und Schwellenländern eingesetzt werden. Hierfür ist die von der EU Kommission vorgeschlagene finanzielle Unterstützung der reichen Industrieländer von 30 Mrd. Euro absolut unzureichend.
- *Die bisherige Einteilung der Welt in Industrieländer und Entwicklungsländer ist seit der Herausbildung der Gruppe der Schwellenländer mit einem großen Anteil an der Weltbevölkerung und insgesamt hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten in wesentlichen Zügen überholt*. Während der Anteil der Schwellenländer am Weltenergieverbrauch und an den CO₂-Emissionen noch vor 30 Jahren bei etwa einem Drittel des Anteils der Industrieländer lag, werden sie diesen in einigen Jahren voraussichtlich übertreffen. Daraus erwachsen neue komplizierte und komplexe Probleme und Herausforderungen ihrer weiteren Wirtschaftsentwicklung.

Die Entwicklungs- und Schwellenländer stehen dabei vor einem Dilemma: Ohne wirtschaftliche Dynamik sind ihre Probleme nicht lösbar, die Fortsetzung des bisherigen Weges der nachfolgenden Industrialisierung nach dem Muster der Industrieländer führt jedoch zu einer massiven Verschärfung der Umweltkrise und der Gefahren des Klimawandels. Sie kann längerfristig weder aus Sicht der Umweltbelastung (insbesondere Klima- veränderung) noch der Ressourceninanspruchnahme aufrechterhalten werden.

- Die *gegenseitige Verflechtung und Abhängigkeit von Gerechtigkeit und Lösung der Umweltprobleme ist in den letzten Jahrzehnten enger, komplexer und intensiver* geworden. Die dominierende und sich weiter verschärfende soziale Ungerechtigkeit sowohl auf globaler Ebene als auch in den einzelnen Ländern erschwert die Lösung der Umweltprobleme. Dies gilt vor allem für die Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Für ca. ein Drittel der Menschen auf diesem Planeten sind die elementarsten Lebensrechte nicht gesichert. Die Beseitigung existenzbedrohender Not ist Voraussetzung und Bedingung für die Entwicklung einer an sozial-ökologischen Nachhaltigkeitskriterien orientierten, auf gerechtere Teilhabe aller Menschen und aller Völker am Weltwohlstand abzielenden Weltwirtschaftsordnung. *Ohne Fortschritte in der sozialen Gerechtigkeit, dabei insbesondere in der Verteilungsgerechtigkeit, wird es keine nachhaltigen Fortschritte in der Lösung der globalen Umweltprobleme geben.*

Verteilungsgerechtigkeit erfordert in diesem Zusammenhang auch, eine internationale Verständigung über Kriterien, Maßstäbe und zeitliche Etappen anzustreben, nach denen die verschiedenen Staaten bzw. Staatengruppen den Umweltraum der Erde nutzen dürfen, sowohl hinsichtlich zulässiger Emissionen als auch der möglichen Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen.

- Die Industrieländer tragen im 21. Jahrhundert eine größere Verantwortung für die Lösung der Umweltprobleme in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Folgende Schritte sind unumgänglich: (1) eine Senkung des absoluten Verbrauchs an Naturressourcen und der schädlichen Emissionen in ihren Ländern, die Räume für die erforderliche Wirtschaftsdynamik in den Entwicklungs- und Schwellenländern frei macht. (2) eine nachhaltige Veränderung des Wohlstandsmodells in Richtung höherer Lebensqualität ohne ständig höheren materiellen Konsum, insbesondere durch die Entwicklung sozial-kultureller Leistungen – vor allem Bildung, Gesundheit, soziale Betreuung, Kultur, Kommunikation – hoher Qualität. Dies schließt tiefgreifende Veränderungen in der Struktur der Wertschöpfung ein, von der entschiedenen Erhöhung des Anteils nachwachsender Energieträger und Rohstoffe, über die Förderung einer Recyclingwirtschaft bis zu weiteren Erhöhung des Strukturanteils von Dienstleistungen sowie der hierfür erforderlichen Technologien und Ausrüstungen; (3) umfassende technologische und finanzielle Unterstützung für einen sparsamen, effektiven Ressourcenverbrauch und zur Senkung der Umweltschäden in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Bei allen Vorschlägen sollten stärker als bisher die Auswirkungen auf andere Länder und Regionen und auch die Notwendigkeit höherer Beiträge Deutschlands und der EU zur Lösung der globalen Klima-, Ressourcen- und anderen Umweltprobleme aufgezeigt werden. Dies betrifft sowohl die Freisetzung natürlicher Ressourcen für die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellen- und Entwicklungsländer als auch Maßnahmen für eine wirksamere technologische Unterstützung und die Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel.

Alternativen zu den offiziellen Konjunkturprogrammen, müssten sich von diesen vor allem in drei Punkten grundsätzlich unterscheiden:

1. Sie sollten nicht primär als Konjunkturprogramme auf die Förderung des Wirtschaftswachstums schlechthin gerichtet sein. Vielmehr müssten sie als *Strukturprogramme* vor allem dazu beitragen, die Struktur, Qualität und Effizienz der wirtschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung mit ökologischen und sozialen Erfordernissen zu verbessern. In ihnen müssten die Erfordernisse des sozial-ökologischen Umbaus stärker im Zentrum stehen und konkrete Schritte zu deren Umsetzung vorgesehen werden. Dies schließt auch Konsequenzen für den Rückbau und die Umstellung der Produktion umweltschädlicher bzw. -problematischer Branchen ein, wie Automobilbau, Braun- und Steinkohlebergbau, Energiewirtschaft einschließlich Übertragungsnetze, energie- und rohstoffintensive Produktionen der Chemie.

In Übereinstimmung mit den größtenteils langfristigen umweltpolitischen Prozesse sind Vorschläge zur Strukturentwicklung und zur Änderung von Qualität und Inhalt des Wirtschaftswachstums ebenfalls mit einem längeren Zeithorizont auszuarbeiten.

2. Sie müssen mit einer *sozial gerechten Verteilung und Finanzierung* verbunden werden, die weitgehende Veränderungen sowohl in der Primärverteilung zwischen Arbeitseinkommen und Vermögens- und Gewinneinkommen, als auch im Steuersystem und in der Finanzierung der Sozialsysteme verlangen. Hierfür liegen seit längerem konkrete Vorschläge der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, u.a. Sondermemorandum 2008 "Krise unterschätzt. Massives Konjunkturprogramm erforderlich" und der Partei DIE LINKE, u.a. Europawahlprogramm 2009, vor.
3. Richtungen, Ausmaß und Tempo der auf den sozial-ökologischen Umbau gerichteten Veränderungen in der Produktions- und Konsumtionsweise lassen sich nicht einfach verordnen. Sie müssen Ergebnis demokratischer öffentlicher Diskussionen und Auseinandersetzungen sein, und sich auf starke soziale, umwelt- und entwicklungspolitische Bewegungen, die zu Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen führen, stützen können. (Vgl. hierzu auch: Dellheim/Krause, Hrsg., 2008)

Mit den bisherigen Instrumenten der Konjunktur- und Geldpolitik lassen sich die aufgestauten sozialen, ökologischen und strukturellen Probleme weder der bundesdeutschen noch der europäischen und erst recht nicht der globalen Entwicklung bewältigen. Notwendig sind tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, die eine Regulierung und Ge-

staltung dieser Prozesse ermöglichen, die nicht primär von den kapitalistischen Verwertungsinteressen, sondern von den Lebensinteressen der Menschen ausgehen. Das setzt voraus, die Privatisierung öffentlichen Eigentums zu beenden und im Gegenteil das öffentliche Eigentum zu erweitern und zu stärken, vor allem in Schlüsselbereichen der Wirtschaft – der Energie, der großen Banken, der Versicherungen und anderen Finanzinstitutionen, der Bahn und der Kommunikationsinfrastruktur sowie der öffentlichen Daseinsvorsorge – und eine wirksame gesellschaftliche Regulierung der Wirtschaft durchzusetzen.

Die für einen sozial-ökologischen Umbau unerlässlichen höheren Strukturanteile von Bildung, Gesundheit, sozialer Betreuung, Kultur müssen auf einer wirksamen Qualitätsverbesserung der Bildungs-, Gesundheits- und anderen Dienstleistungen beruhen. Ebenso wichtig ist eine stärkere Teilhabe der Menschen an der Gestaltung dieser Bereiche, ihre demokratische Einbeziehung in Entscheidungen und eine wirksame öffentliche Kontrolle über die Wahrnehmung der Aufgaben im gesellschaftlichen Interesse.

Allein die Forderung nach Ausbau und Stärkung der für die soziale Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger äußerst wichtigen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge reicht jedoch nicht aus. Sie bleibt eine relativ leere Worthülse, wenn nicht zugleich die hierfür erforderlichen öffentlichen Mittel, insbesondere wesentlich höhere Investitionen und größere Personalausgaben für den Ausbau und ein hohes Niveau der Bildungs- und Betreuungsleistungen bereitgestellt werden.

Die Krise der Weltwirtschaft sollte auch als Chance für die ökologische Umsteuerung begriffen werden. Mit entsprechenden Programmen für eine nachhaltige Entwicklung lassen sich sowohl Arbeitsplätze erhalten und sichern als auch soziale und ökologische Zukunftsperspektiven eröffnen. Das Problem besteht nicht in erster Linie darin, dass es zu wenig Vorstellungen und Vorschläge gibt, um den klima- und umweltpolitischen Herausforderungen gerecht zu werden, sondern dass bisher die Kräfte nicht ausreichen, um diese gegen die starken Widerstände in der Politik und Wirtschaft umzusetzen.

Für die sozial-ökologische Nachhaltigkeit sind die Möglichkeiten von Marktmechanismen umfassender und konsequenter als bisher zu nutzen. Das wird jedoch nicht ausreichen. Darüber hinaus sind ordnungs- und sozialpolitische Regeln, die mit wirksamen Sanktionen aber auch Anreizen verbunden werden, unerlässlich.

Schwierigkeiten bei der Gestaltung zukunftsorientierter Reproduktionsverhältnisse hängen auch damit zusammen, dass unser Denken häufig auf den unmittelbaren Erfolg beschränkt ist. Dazu schrieb schon Friedrich Engels: „Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf Erzielung des nächsten, unmittelbarsten Nutzeffektes der Arbeit ausgegangen. Die weiteren erst in späterer Zeit eintretenden, durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksam werdenden Folgen blieben gänzlich vernachlässigt.“ (Engels: 454)

Ausgewählte Literatur:

BUND, Brot für die Welt und Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008) Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Frankfurt am Main

Dellheim, Judith/Krause, Günter (Hrsg.), (2008), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, rls, Manuskripte, Berlin

Engels, Friedrich (1961), Dialektik der Natur, in MEW Bd. 20,

Hönighaus, Reinhard/Böcking, David (2009), Warum gibt es eine neue Klimastrategie? Financial Times Deutschland, 28.01.09

Klein, Dieter (2008) Krisenkapitalismus, wohin es geht, wenn es so weitergeht, Berlin

Vierter Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (2007)
www.ipcc.ch;

Textstand 17.2.09